

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)

vom 22. Februar 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Februar 2022)

zum Thema:

Verkehrsberuhigung für den Bergmannkiez

und **Antwort** vom 03. März 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Mrz. 2022)

Senatsverwaltung für
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)
Über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

Über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11079
vom 22. Februar 2022
über Verkehrsberuhigung für den Bergmannkiez

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg um Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Frage 1:

Wann sollen die Friesenstraße und die Zossener Straße in Kreuzberg aus dem übergeordneten Straßennetz herausgelöst und in die Zuständigkeit des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg übergeben werden?

Antwort zu 1:

Das Straßen- und Grünflächenamt des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin hat die Ermittlung und Beurteilung der Auswirkungen der planerischen Überlegungen „Sperrung Zossener Straße / Friesenstraße und Katzbachstraße in Berlin-Kreuzberg“ an ein Ingenieurbüro vergeben. Entsprechende Untersuchungsergebnisse liegen der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz noch nicht vor.

Da die Untersuchungsergebnisse eine wichtige Grundlage für die fachliche Abwägung und Entscheidung zur Einstufung des nachgefragten Straßenzuges bilden, ist erst in Kenntnis und Beurteilung der Ergebnisse des Ingenieurbüros eine

Entscheidung über eine Herausnahme aus dem übergeordneten Straßennetz sinnvoll.

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg teilt hierzu mit:

Zur Herausnahme der Zossener Straße und Friesenstraße aus dem übergeordneten Straßennetz wurde durch das Bezirksamt im Jahr 2021 ein Gutachten beauftragt, das die verkehrlichen Auswirkungen untersucht. Das Gutachten befindet sich weiterhin in Bearbeitung, da die notwendigen Verkehrszählungen aufgrund von Baustellen im Untersuchungsgebiet erst im dritten Quartal 2021 durchgeführt werden konnten.

Frage 2:

Wann soll das Durchfahrtsverbot („Anlieger frei“) in der Friesenstraße und der Zossener Straße als Teil des Projektes „Verkehrsberuhigung Bergmannkiez“ umgesetzt werden?

Antwort zu 2:

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg teilt hierzu mit:

Erst nach Abschluss dieses Verfahrens zur Herausnahme aus dem übergeordneten Straßennetz können die beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden.

Frage 3:

Liegen dem Senat und dem Bezirk die Ergebnisse des in diesem Zusammenhang erstellten und für das dritte Quartal 2021 geplanten Verkehrsgutachtens vor? Zu welchen Ergebnissen kommt das besagte Gutachten?

Antwort zu 3:

Es liegen aktuell keine Untersuchungsergebnisse vor. Aussagen zu den Ergebnissen des Gutachtens sind daher nicht möglich.

Frage 4:

Wann wird mit der geplanten Einführung von gegenläufigen Einbahnstraßenregelungen im Bergmannkiez begonnen? Wann werden die in diesem Zusammenhang geplanten Fußgängerzonen nördlich und südlich des Chamissoplatzes eingerichtet?

Antwort zu 4:

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg teilt hierzu mit:

Neben den bereits angeordneten Einbahnstraßenregelungen in der Bergmann- und Nostitzstraße werden die weiteren Einbahnstraßen sukzessive umgesetzt. Voraussichtlich im Frühjahr folgt die Umsetzung der Fidicinstraße samt Durchfahrsperrern am Chamissoplatz. Zur Umsetzung der dort geplanten Fußgängerbereiche muss zuerst noch das Teileinziehungsverfahren durchgeführt werden. Die weiteren Straßen, insbesondere der Straßenzug Golbener Straße bis Lilienthalstraße, bedürfen weiterer planerischer Maßnahmen und vertiefter Abstimmungen mit den weiteren Beteiligten.

Berlin, den 03.03.2022

In Vertretung
Dr. Meike Niedbal
Senatsverwaltung für
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz